

Adenauer war sauer und sehr allein

Der Westen und der Mauerbau. Das rechte Buch zur rechten Zeit

Es ist das rechte Buch zur rechten Zeit. Der Autor, derzeit Universität Innsbruck, hat anfangs nicht geahnt, worauf er sich einließ: Aktensuche in US- und britischen sowie Bonner Archiven. Es sei „nicht immer einfach... an das neue Material heranzukommen“, schreibt Steininger einleitend. Ein Grund sei der Drang im US-Außenministerium, sich das Erstrecht zu sichern, doch auch dabei wird damit getrickst, „ganz wichtige Dokumente z. T. nur in Kurzzusammenfassungen in einer Fußnote zu erwähnen - und manche überhaupt nicht“. Auch materielle Stolpersteine sind zu beachten: 7 000 Seiten wären frei – „man könne Kopien haben: Kosten 2 100 \$“.

In Bonn wurden „begründete Bestimmungen, die im Interesse des Gemeinwohls in einer geordneten Verwaltung einzuhalten sind, auch wenn darunter Interessen Einzelner leiden mögen“, als Sperrgrund angeführt. „Bemerkenswert ist“ - so der Sucher – „daß auch die Akten des ehemaligen DDR-Außenministeriums nunmehr vom Politischen Archiv ähnlich behandelt werden.“ Das glichen zur Zeit der Recherche aber teilweise die Bestände des ehemaligen zentralen Parteiarchivs der SED sowie der Staatssicherheit aus. Die Möglichkeiten in London nennt Steininger aufgrund der Fülle freigegebenen Materials „geradezu überwältigend“. Dankenswert ist der gewählte zeitliche Rahmen: Weniger „um den Bau der Mauer an sich, als um die Berlinkrise als Ganzes“ ging es bei dieser Arbeit.

Der Zeitgeschichtler, gebürtiger Westfale und ausgebildet u. a. an Universitäten in Göttingen, Marburg und München, verbirgt nicht seine parteiliche Sicht: Die Amerikaner waren der (west)deutschen Belehrungen mit Blick auf den Osten überdrüssig, die Briten wollten den Status quo in Mitteleuropa anerkennen und selbst General de Gaulle sprach sich 1959 offen für die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aus. Konträr Adenauer. „Der Kanzler gewann in dieser Krise mehr und mehr an Statur, in gleichem Maße wie bei ihm Mißtrauen und Enttäuschung gegenüber Kennedy zunahmen (ganz zu schweigen von MacMillan).“

Chruschtschows Ankündigung vom 10. November 1958 – „Anscheinend ist der Zeitpunkt für die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens gekommen, auf die Reste des Besatzungsregimes in Berlin zu verzichten und dadurch die Möglichkeit für die Herstellung normaler Zustände in der Hauptstadt der DDR zu schaffen“ - kam so vor allem in Washington und London durchaus gelegen. Als anstoßerregend aber wurden die in der UdSSR-Note vom 27. November eingebundenen Bedingungen empfunden: „Freie Stadt Berlin“ (West), Friedensvertrag mit Deutschland (resp. sowjetischer Alleingang mit der DDR) sowie ultimative Ankündigung, über alle Modalitäten in sechs Monaten zu einer Einigung zu gelangen.

Verschiedene Szenarien wurden in Planspiele umgesetzt. In NATO-Kreisen und im US-Kriegsministerium wurde atomarer Waffeneinsatz erwogen, bewaffnete Durchbrüche von Militärkonvois über DDR-Gebiet, Ausrufung des nationalen Notstands in den USA, doch die Militärs verloren in dem Maße an Einfluß, in dem der sowjetische Premier sich als überfordert zeigte und immer neue Fristen einräumen mußte. In Großbritannien war man sich bald einig. Kein Brite sollte wegen der Berlinkrise sterben. „Als akzeptable Berlin-Regelung wollten die Briten eine UNO-Lösung anbieten. Eine UNO-Kommission sollte alle jene Funktionen übernehmen, die die Sowjets an die DDR übergeben wollten; die Kommission sollte dafür sorgen, daß alles weiterlaufen würde wie bisher, insbesondere die Zufahrt nach Berlin; sie sollte im übrigen auch dafür sorgen, daß weder in Ost- noch in West-Berlin

>subversive< oder >Propagandaaktionen< durchgeführt würden.“ (S. 65) Anders de Gaulle. Man dürfe „den Kommunisten in Berlin auch nicht das geringste Zugeständnis machen..., da jedes Nachgeben nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich schwerwiegende Folgen haben würde“. (141)

Die USA - dort fand um die Jahreswende 1960/61 der Präsidentenwechsel von Eisenhower zu Kennedy statt - sahen sehr wohl die Notwendigkeit einer einvernehmlichen Regelung mit der UdSSR, wollten aber das Gesicht des „Verteidigers der Freiheit“ wahren - Berlin (West). Genau das machte der neue US-Präsident dann mit seinen Grundsätzen („three essentials“) in weltweit verbreiteter Ansprache am 25. Juli 1961 deutlich: Recht auf Präsenz der Westmächte; Recht auf Zugang; Sicherung der Lebensfähigkeit der Teilstadt. Daß die östlichen Vorwürfe gegen das „Spionage- und Störzentrum Westberlin“ aber intern durchaus als berechtigt angesehen wurden, macht Steininger in einem (erst nach mehreren persönlichen Dokumenten-Entschlüsselungsversuchen) erkennbaren Text deutlich: Von US-Diplomaten wurde „die Schließung des RIAS und eine Reduzierung der Spionagetätigkeit in Berlin vorgeschlagen.“ (173)

Blieb also Adenauer. „Mit allergrößtem Nachdruck warnte er vor irgendeiner Anerkennung der DDR, einer Änderung des Berlin-Status und einer Wiederholung des westlichen Vorschlages vom 28. Juli. In dem dann vorgesehenen gesamtdeutschen Ausschuß würden auch Sozialdemokraten vertreten sein, deren Wiedervereinigungspläne zu einem kommunistischen Deutschland führen würden. Zusammen mit ostdeutschen Vertretern würde dieser Ausschuß dann von den Kommunisten beherrscht.“ (140)

Für die Westmächte war dann die Abriegelung in Berlin am 13. August keine Überraschung, eher herrschte Erleichterung, war doch das Bonn-betriebene personelle Ausbluten der DDR keineswegs wichtig, weil für das nicht fixierte Ost-West-Verhältnis destabilisierend. „Der amerikanische Präsident“, so Steininger resümierend, „suchte sofort nach dem Mauerbau das Arrangement mit den Sowjets. Und das ging nur auf Kosten der Deutschen: Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, entmilitarisierte Zonen, mindestens de-facto-Anerkennung der DDR, keine Atombewaffnung der Bundeswehr etc.“

Adenauers Widerstand war total, aber vergeblich. Eine tragische Figur zu zeichnen, das geht gerade aus der Fülle konträr lautender Dokumente seiner Verbündeten wohl nicht; eher war es das verbissene Aufbäumen eines personellen Auslaufmodells des Kalten Krieges auch in der eigenen Partei. Das sah wohl auch sein Regierungspartner - die FDP - ganz deutlich, führte sie doch den Bundestags-Wahlkampf im Herbst 1961 unter einer bezeichnenden Losung: „Für die CDU - ohne Adenauer“ und erreichte den höchsten Wählerzuwachs mit 12,8 (1957/7,7) Prozent, während die CDU/CSU ihre absolute Mehrheit verlor. US-Außenminister Dean Rusk fand eine bündige Formel gegenüber seinem britischen Amtskollegen Lord Hume: „Die Westdeutschen werden viele Dinge schlucken müssen, die sie bis jetzt für unmöglich gehalten haben.“ Und so kam es ja dann auch.

Als Pikanterie für das Verwirrspiel der Geheimdienste auch gegenüber ihren eigenen Regierungschefs sei noch auf die im Text sehr detailliert geschilderten Gründe für das Scheitern der Vier-Mächte-Konferenz Mitte Mai 1960 in Paris verwiesen - den Abschuß eines U-2-Flugzeuges der CIA über sowjetischem Territorium. Die CIA versicherte ihrem Präsidenten - der jeden Flug genehmigen mußte - immer neu, daß die Maschine nicht abgeschossen - und wenn doch - Selbstzerstörungsmechanismen nichts Verwertbares in fremde Hände fallen lassen würden. Alles kam anders: Francis Gary Powers verlor sein Flugzeug, behielt sein Leben und die mitgeführten Filme landeten unversehrt bei sowjetischen „Kollegen“.

Es ist, sieht man von der Wertung der Adenauer-Politik einmal ab, ein detailliert und spannend geschriebenes Kapitel der Nachkriegsgeschichte, in der die Welt an den Abgrund des atomaren Weltkrieges geführt und - dank besonnener Entscheidungen der „Großen Vier“ - noch einmal davor bewahrt wurde.